

Beschluss

Für eine bunte queere Bewegung in Belgrad, Istanbul, Moskau und Berlin – Gleiche Rechte für alle in ganz Europa!

Ende Juni dieses Jahres ist die Istiklal in Istanbul in Regenbogenfarben erblüht. Über 60.000 Menschen haben gegen Homophobie und Diskriminierung sowie für gleiche Rechte demonstriert. Diese Bilder geben Hoffnung, dass sich etwas bewegt für queere Belange.

Aber: Ob in Russland, wo seit dem 30. Juni das Gesetz gegen "Propaganda nicht-traditioneller sexueller Beziehungen" gilt, was schon jetzt zu massiv steigenden Übergriffen auf homosexuelle Menschen und gesellschaftlichen Ausschlüssen geführt hat. Ob in Serbien, wo die Pride Parade – wenn überhaupt – nur unter massivem Polizeischutz stattfinden kann und queere Aktivist*innen täglich Angst vor Übergriffen haben müssen. Oder ob in Frankreich, wo es eine massive Gegenbewegung zur Ehe für alle gibt – überall wird deutlich: Trotz Fortschritten sind Homo- und Transphobie in vielen Teilen Europas weiter auf dem Vormarsch.

Gerade die Situation in Russland ist zur Zeit alarmierend. Überall auf der Welt sind Menschen auf die Straße gegangen, um gegen das Gesetz zur „Propaganda nicht-traditioneller sexueller Beziehungen“ zu demonstrieren. Aber auch in anderen Staaten der ehemaligen Sowjetunion ist die Situation äußerst besorgniserregend. In Ländern wie Moldawien, Ukraine, Armenien und Belarus sind entweder ähnliche Gesetze im Gespräch oder es gibt bereits weitgehende gesetzliche Sanktionen. Diese Situation muss sich ändern!

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich seit jeher für gleiche Rechte für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle, Transgender, Intersexuelle und queere Menschen (LSBTTIQ) in der Europäischen Union und den europäischen Nachbarstaaten ein. Freiheit der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität und der Schutz vor Diskriminierung sind unveräußerliche Menschenrechte. Wir lassen diese Ereignisse nicht unkommentiert und streiten für Aufmerksamkeit und Veränderungen. Wir kämpfen für ein Europa, in dem gleiche Rechte für alle und ein Leben ohne Angst möglich sind.

Eine unserer wichtigsten Partnerinnen in diesem Kampf sehen wir in der lokalen und internationalen Zivilgesellschaft. Denn wir sind davon überzeugt, dass gesellschaftlicher Wandel auch von der Straße kommen muss. Deshalb kämpfen wir für starke, bunte queere Bewegungen in Deutschland und in ganz Europa!

Antidiskriminierungspolitik in der EU voranbringen

Die Europäische Union ist nicht mehr Motor in der Antidiskriminierungspolitik. Durch die mangelnde Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien in vielen Mitgliedstaaten verliert sie immer mehr an Vorbildfunktion gegenüber ihren Nachbarn.

Bis heute wird die fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie im Rat von einigen Staaten, angeführt von Deutschland, blockiert. Diese Richtlinie soll in der EU sicherstellen, dass Menschen nicht

mehr wegen ihrer sexuellen Identität im gesellschaftlichen Leben diskriminiert werden. Gleichzeitig soll Mehrfachdiskriminierung eine europarechtliche Grundlage gegeben werden. Dadurch haben wir bis heute keine verbindlichen Mindeststandards in den Bereichen Dienstleistungen und Güter, Bildung, Gesundheitsversorgung und Sozialschutz mit Bezug auf sexuelle Identität und europaweit gibt es kein Klagerecht, einschließlich eines Verbandsklagerechts, dagegen.

Nachkriegsgesellschaften auf dem Balkan

Vor allem verknüpft mit nationalistischen Ideologien werden homo- und transphobe Parolen schnell zu einer Gefahr für Leib und Leben für queere Aktivist*innen. So wurden 2010 – beim Angriff auf die Pride Parade in Belgrad durch Nationalist*innen – 160 Menschen zum Teil schwer verletzt. Auch die Kirchen spielen häufig eine wichtige Rolle in der Aufrechterhaltung und Verbreitung homophober Parolen und Haltungen.

Gleichzeitig wollen nach Slowenien und Kroatien alle Staaten im Südosten Europas endlich Mitglieder der Europäischen Union werden. Wir Bündnisgrüne unterstützen diesen Prozess und sehen nur eine langfristige Friedensperspektive für die Region, wenn alle Staaten einschließlich Serbiens, Bosnien und Herzegowinas, Montenegros, Mazedoniens, Kosovos und Albanien Teil der EU sind.

Ein großer Teil der Bevölkerung dieser Staaten möchte eine gesellschaftliche Öffnung, eine starke Zivilgesellschaft und gesicherte Menschen- und Bürger*innenrechte. Sie hoffen dabei vor allem auf die EU. Mit diesen Menschen solidarisieren wir uns und kämpfen dafür, dass sie ihre Zukunft selbst und in Freiheit, unabhängig von Geschlechtsidentität oder sexueller Orientierung, gestalten können.

„Gay-Parade als Eintrittskarte in die EU?“

Doch nach wie vor gibt es Nationalist*innen, die mit ihrer Hetze gegen Sinti und Roma, LSBTTIQ und andere Minderheiten versuchen, soziale und gesellschaftliche Gräben zu vertiefen. Der serbische Premier Ivica Dacic tat 2012 bei einer Pressekonferenz zur abgesagten Pride Parade mit dem Zitat „Scheiß auf die EU, wenn die Gay-Parade die Eintrittskarte ist.“ seine homophobe und gegen europäische Werte gerichtete Haltung kund. Diese Haltung ist kein einzelnes Randphänomen in der serbischen Gesellschaft.

Im letzten Jahr wurde die Pride Parade in Belgrad abgesagt, mit der Begründung, dass die Sicherheit der Demonstrierenden nicht gewährleistet werden könne. In Sarajevo musste 2008 nach Angriffen ein queeres Kunstfestival abgebrochen werden und auch in Kroatien waren in der Vergangenheit immer wieder Kundgebungen für gleiche Rechte von LSBTTIQ Gewalt ausgesetzt gewesen – wie zuletzt massiv bei der Pride Parade in Split 2011.

Queerer Aktivismus trifft immer noch viel zu häufig auf Einschüchterungen, Diskriminierungen und sogar körperliche Gewalt. Diese Situation ist unhaltbar. Die Europäische Union muss ein klares Zeichen setzen, dass die Einhaltung von grundlegenden Menschenrechten klare Voraussetzung für erfolgreiche Beitrittsverhandlungen sein muss. Im Beitrittsprozess mit Kroatien hat dies bereits Früchte getragen und es hat sich etwas bewegt innerhalb der kroatischen Bevölkerung. Die Einführung von zivilen Partnerschaften wird von der Regierung diskutiert und Homophobie in Schule und Universitäten wird angegangen. Trotzdem ist noch nicht alles rosig.

Die EU muss sich dabei vor allem auch, etwa mit Kommunikationsoffensiven, an die Bevölkerung wenden und nicht nur bürokratisch abhaken, wenn progressive Gesetze erlassen wurden. Eine offene Ansprache der Bevölkerung ist dabei gerade notwendig, damit LSBTTIQ bei eventuellen Verzögerungen im Beitrittsprozess wegen der Nicht-Einhaltung von Menschenrechten nicht als Sündenböcke dargestellt werden. Deshalb bedarf es mehr Transparenz im Beitrittsprozess – vor allem gegenüber der Bevölkerung.

Wer, wenn nicht wir...?!

Grüne Parteien in ganz Europa sind aus vielzähligen sozialen Bewegungen hervorgegangen, die oftmals Ziel staatlicher Repressionen waren. Gerade die Schwulen- und Lesbenbewegung sowie die Frauenbewegung waren und sind nach wie vor zentral für die gesellschaftliche Vision der Grünen – und das nicht nur in Deutschland, sondern überall in Europa und auf der ganzen Welt.

Wir sind uns bewusst, dass wir mit zurückliegenden Entscheidungen eine große Verantwortung übernommen haben, Frieden und Menschenrechte vor allem in Südosteuropa voranzubringen. Dieser Verantwortung wollen wir auch mit einer aktiven Unterstützung von queeren Bewegungen Rechnung tragen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern und unterstützen deshalb:

- Die Zurücknahme aller menschenfeindlichen Gesetzgebungen wie das Gesetz gegen "Propaganda nicht-traditioneller sexueller Beziehungen", das seit 30. Juni in Russland in Kraft ist.
- In allen Beitrittsverhandlungen aktuell vor allem im Fall von Serbien ein besonderes Augenmerk auf die Situation von LSBTTIQ zu legen.
- Die Berücksichtigung und Integration von LBTTI in Gesetzen, die vor hate crimes bzw. hate speech schützen von Seiten der EU stärker zu unterstützen.
- Die Programme für zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich vor Ort für die Rechte von LSBTTIQ einsetzen, von europäischer Seite noch weiter auszubauen.
- Die internationale Bildungsarbeit – gerade im Bereich der Jugendarbeit – zum Beispiel durch den Europarat auf ein stabiles finanzielles Fundament zu stellen.
- Die Stärkung einer bunten, queeren Bewegung europa- und weltweit durch Menschenrechtsorganisationen wie zum Beispiel die Hirschfeld-Eddy-Stiftung, ILGA oder IGLYO und eine stärkere Zusammenarbeit Grüner Bewegungen und Parteien mit Organisationen und Aktivist*innen aus diesem Bereich.
- In Deutschland die Ehe für alle zu ermöglichen, das Adoptionsrecht auf gleichgeschlechtliche Paare zu erweitern.
- Die vollständige Umsetzung der Antidiskriminierungsrichtlinien im Berufsleben sowie die Aufgabe der Blockadehaltung gegenüber der 5. Antidiskriminierungsrichtlinie im Europäischen Rat.
- Im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen mehr Druck für die Belange von LSBTTIQ zu machen.
- Konkret bittet die BDK die grünen Bundestagsabgeordneten, die mutmaßlich vorhandenen parlamentarischen Mehrheiten für eine interfraktionelle Initiative zur Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare zu nutzen.